

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

19.5.1917 (No. 135)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 135

Samstag, den 19. Mai 1917

160. Jahrgang

Expedition:
Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Kreuzstraße Nr. 953 und 954,
Postfachamt Karlsruhe
Nr. 3515.

Vorauszahlung: vierteljährlich 4 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 4 M. 17 P. —
Anzeigengebühr: die 6 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen (tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweise Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung, Betriebsänderung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 18. Mai.

* Vom Tage.

Die letzten Tage haben uns aus Rußland Nachrichten gebracht, die deutlich zeigen, daß ein neues Blatt der russischen Geschichte aufgeschlagen worden ist. Der Kampf um die Macht ist in ein neues Stadium getreten. Und man kann wohl schon heute sagen, daß er mit dem einstweiligen Siege des Arbeiter- und Soldatenrates endigen wird. Wer sich über die Bedeutung der Geschehnisse klar werden will, tut am besten, sie in ihrer chronologischen Entwicklung zu betrachten.

Wir hatten vor einigen Tagen die Vermutung ausgesprochen, der Soldaten- und Arbeiterrat werde bei seinem Beschlusse, eine offizielle Teilnahme an der Regierung zu vermeiden, nicht verharren. Wenn er sich aber zur Teilnahme entschließen, werde er bestimmte Forderungen stellen und sich nicht bloß mit zwei oder drei Ministerien begnügen. Die Tatsachen haben der Vermutung Recht gegeben. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit Mehrheit den Beschluß gefaßt, sich an der Regierung zu beteiligen. Doch hat er den Eintritt ins Kabinett von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: Eine auswärtige Politik, die offen das Ziel verfolgt, so rasch als möglich einen allgemeinen Frieden zu erreichen, ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen, auf der Grundlage des Rechts der Völker, selbst ihr Schicksal zu bestimmen, ferner Maßnahmen zur Demokratisierung des Heeres. Andererseits ist der Rat aber auch der vorläufigen Regierung in etwa entgegengekommen, indem er Maßnahmen zur Verstärkung der militärischen Macht an der Front forderte, um „die Freiheit des Landes verteidigen zu können“. Gleichzeitig hat er einen Aufruf an die Sozialisten aller Länder erlassen, in dem unter entschiedener Ablehnung imperialistischer Bestrebungen erklärt wird, daß der Rat keinen Sonderfrieden wünsche, da dieser dem Vierbund die Hände frei mache und einen Verrat an der Sache der Arbeiterdemokratie aller Länder darstelle; weiter werden die Vertreter aller sozialistischen Gruppen der Welt zu einer Konferenz eingeladen, die den Frieden erörtern solle. Auch an die russischen Frontsoldaten hat der Rat einen Aufruf gerichtet, der recht kriegerisch klingt, dem Heere rät, den Angriff nicht aufzugeben und strengste Manneszucht zu üben, im übrigen aber die gleichen Gedankengänge aufweist, wie der Aufruf an die Sozialisten.

Es fragte sich nun, wie sich die vorläufige Regierung zu den Forderungen des Rates stellen würde. Zweifellos war die Regierung bereit, dem Rat einen erheblichen persönlichen Anteil an ihren Machtvollkommenheiten einzuräumen. Aber im Grunde genommen, wollte sie doch den Krieg fortgesetzt wissen und die Verpflichtungen gegen die Entente im Sinne der Offensive erfüllt sehen. Demgemäß ist denn auch die Entscheidung der Regierung ausgefallen. Sie hat die Hauptforderung des Rates, die sich auf die auswärtige Politik bezieht, als unannehmbar bezeichnet, sowie die Einheit aller Fronten der Alliierten betont und zu einem entschlossenen Kampf gegen die Anarchie aufgefordert. Selbstverständlich hat der ausführende Ausschuß der Duma, der unter Rodziankos Vorsitz immer noch tagt, dem Entschluß zugestimmt. Was die Ausnahme von Vertretern des Rates ins Kabinett betrifft, so hat die Regierung sich bereit erklärt, nicht weniger als sechs Sozialisten, darunter Skobelew, zuzulassen. Kerenski wäre dann der siebente Sozialist in einem Kabinett, das im ganzen 13 Männer umfaßt. Es muß jetzt abgewartet werden, welche Stellung der Arbeiter- und Soldatenrat zur Ablehnung seiner grundlegenden Forderung einnehmen wird.

Inzwischen haben im Kabinett selbst Veränderungen stattgefunden, die, wenn sie auch erwartet wurden, doch mit Recht großes Aufsehen erregen. Erst ist Gutschkow, der Kriegsminister, und dann ein paar Tage später Miljukow, der Außenminister und eigentliche Führer des Kabinetts, zurückgetreten. Gutschkow hat seinen Rücktritt damit begründet, daß die Regierung nicht das erforderliche Ansehen gegenüber dem Heer und der Flotte besitze, und daß es ihm infolgedessen unmöglich sei, der Anarchie und Disziplinlosigkeit abzuhelfen, die die Freiheit und die Existenz Rußlands bedrohe. Die Re-

gierung hat sich darauf veranlaßt gesehen, eine neue Erklärung zu veröffentlichen, in der mit deutlichem Tadel gesagt wird, Gutschkow habe sich, ohne die Lösung des Konflikts mit dem Arbeiter- und Soldatenrat abzuwarten, durch sein Ausscheiden von der Verantwortung für die weiteren Geschicke Rußlands frei gemacht. Weiter heißt es: „Indem sich die vorläufige Regierung vollkommen Rechenschaft ablegt von der Gefahr, die sich gegenwärtig vor Rußland nach den von ihm durchgemachten Erschütterungen aufrichtet, glaubt sie sich nach ihrer Gewissenspflicht nicht berechtigt, die Last der Macht niederzulegen, und bleibt auf ihrem Posten.“ Es folgt dann die erneute Befundung des guten Willens, Vertreter des Rates ins Kabinett aufzunehmen. Inzwischen ist aber auch Miljukow von seinem Amt zurückgetreten. Wahrscheinlich tat er dies, als er einsah, daß sein Verweilen auf dem Posten eines Außenministers eine wirkliche Einigung mit dem Rat unmöglich machen würde, und daß seine Politik slavischer Ergebenheit gegenüber England doch keine Aussichten mehr habe. An seine Stelle soll Teretschenko treten. Um Miljukow dem Kabinett zu erhalten, will man ihm das Unterrichtsministerium übertragen. Zum Nachfolger Gutschkows ist Kerenski ernannt worden.

Noch vor dem Rücktritt Gutschkows hat Kerenski in seiner Eigenschaft als Justizminister dem Kongreß der Frontdelegierten beigegeben und sich dort von neuem von der allgemeinen Zerfahrenheit überzeugen müssen. Er hielt auf dem Kongreß eine Rede, die eigentlich wie ein Schwänzenang annahm. Laut dem Bericht des „Tamps“ sagte er, seine Kräfte seien erschöpft, er habe die Mühseligkeit und das Vertrauen verloren. Er fügte hinzu, er bedauere, nicht vor zwei Monaten gestorben zu sein, denn damals wäre er aus der Welt geschieden mit dem Traum, daß für Rußland ein neues Leben begonnen habe, das auf gegenseitiger Wertschätzung begründet sei. Er schloß mit den Worten: „Die Situation ist tragisch. Wenn der Organismus des Staates nicht in regelmäßiger Weise funktioniert, werden alle unsere Träume für mehrere Jahre vergehen und sie werden vielleicht in Blut ertränkt werden. Wir brauchen eine gewissenhafte Disziplin.“ Auf eine Anfrage hin erklärte er ausdrücklich, daß die Gefahr nicht vom Soldaten- und Arbeiterrat drohe. Trotz dieser düsteren Anschauungen hat nun Kerenski gerade den schwierigen Posten eines Kriegsministers übernommen. Daß er den festen Willen hegt, die Disziplin zu fördern, unterliegt keinem Zweifel. Ferner befindet er sich mit seinen Kollegen von der provisorischen Regierung in voller Übereinstimmung, daß auch er nach seiner eigenen Beteuerung keine russische, sondern nur eine einheitliche Front der Alliierten kennt.

Im Heere selbst müssen die anarchischen Zustände die allerbedenklichste Form angenommen haben. Nicht bloß Kornilow, der militärische Befehlshaber von Petersburg, ist zurückgetreten, sondern auch der Heerführer, der bisher noch die höchste Autorität bei den Soldaten besaß und so gar mit dem Gedanken einer neuen russischen Offensive spielen durfte, hat abgedankt: Brussilow. Vom Generalissimus Alexejew heißt es, er werde demnächst das gleiche tun. Weiter wird gemeldet, daß sich ein Teil der Garnisonen von Minsk und Kiew auf dem Marsch nach Petersburg befinde, um dort die Ereignisse tätige beeinflussen zu können. Die auffallendste, erst nach und nach durchgeflossene Nachricht aber ist die, daß die Leninische Gruppe der Revolutionäre, also die Gruppe der Extremen und Nihilisten, die den sofortigen Frieden um jeden Preis fordert, mit ihrer Propaganda unter den Frontsoldaten, den Arbeitern und Bauern große Erfolge habe. Ihr Treiben ist es denn auch, das den beiden regierenden Köperschaften, der vorläufigen Regierung und dem Rat, die schwersten Sorgen bereitet.

Beurteilen wir nun an Hand der diesmal übrigens recht zuverlässigen Nachrichten die Lage in Rußland, so sehen wir folgendes: Das Ruder des Staates entgleitet der Hand der provisorischen Regierung immer mehr und mehr. Neben ihr steht bereits der Arbeiter- und Soldatenrat, begierig, es ganz in seine Hand zu nehmen. Die Lage der Kriegszücker à la Miljukow sind allem Anschein nach gezählt, und die liberal-nationalistische Dumamehrheit, die die Revolution machte, um selber regieren zu können, hat wenig mehr zu sagen. Der Sol-

daten- und Arbeiterrat wünscht selbst zu regieren auf der Grundlage eines Programms, das den allgemeinen Frieden nach außen und nach innen fordert. Der Rat ist sicherlich nicht etwa vierbünd- oder gar deutschfreundlich, aber er ist auch nicht abhängig von England. Er wünscht eine friedliche, sich in aller Ordnung vollziehende Entwicklung Rußlands im demokratischen Sinne und verwirft die Anarchie. Seine Haltung ist jedoch nicht ganz klar. Denn während er einerseits den Frieden will, predigt er doch auch andererseits die Notwendigkeit einer energischen Fortsetzung des Krieges. Doch soll dieser Krieg lediglich Verteidigungszwecken, nicht Eroberungszwecken dienen. Wahrscheinlich ist der Rat also noch immer in dem Wahne befangen, daß dem neuen Rußland von deutscher oder österreichischer Seite Gefahr drohen könne. Die neuesten, wahrlich offenen und entgegenkommenden Erklärungen des Reichskanzlers werden hoffentlich in diesem Sinne aufklärend und beruhigend wirken. Im übrigen ist die Macht des Rates keineswegs unbestritten, und es darf vorderhand bezweifelt werden, ob es ihm gelingen wird, die Anarchie zu beseitigen. Fast sieht es so aus, als ob der Prozeß der Zerfahrenheit, der durch die Revolution heraufbeschworen wurde, nicht mehr aufzuhalten ist. Das Wirken der Leninischen Gruppe, die Bauernunruhen und die Zustände im Heer lassen das Schlimmste befürchten.

Über den Eindruck, den die Rede des Reichskanzlers in Rußland gemacht hat, liegen bis heute noch keine Berichte vor. Der Eindruck im Lande selbst und bei unseren Verbündeten ist, wie erwartet, außerordentlich tief. Wir dürfen sowohl nach den Erörterungen in Reichstag, wie nach den Besprechungen der Presse mit Genugtuung feststellen, daß der Reichskanzler die erdrückende Mehrheit des Volkes, und zwar bis tief in die Schichten der Arbeiterschaft hinein, hinter sich hat. Und das will gewiß viel bedeuten, wenn man bedenkt, daß in keinem einzigen der uns feindlichen Länder noch die Regierung am Leben ist, die den Krieg beschloß. In den fast drei Jahren, die jetzt der Krieg dauert, ist dem Kanzler das Vertrauen des Volkes erhalten geblieben, mochten auch die Schwierigkeiten sich von Monat zu Monat häufen, und mochten die großen Fragen, die uns bewegen, immer schwerer wiegen. Auch von konservativer Seite wird jetzt verifiziert, daß man nichts anderes als Aufklärung vom Kanzler wollte; und man hat den Eindruck, daß auch Teile der deutschkonservativen Partei die Überleittheit ihres Vorgehens einsehen. Hoffentlich hält die Einsicht vor. Ganz verrannte Blätter alldemokratischen Gepräges sind allerdings auch mit der neuesten Rede des Kanzlers nicht zufrieden. So nimmt die „Deutsche Zeitung“ die Rede zum Anlaß, um neue, in der Tonart noch heftigere Angriffe gegen den Kanzler zu richten. Es fällt schwer, Leute, die etwas Derartiges schreiben, noch für ernst zu nehmen.

Bedauerliche Entgleisungen leistete sich bei den letzten Reichstagsdebatten die sozialdemokratische Fraktion. Ihr offizieller Redner, der Abg. Scheidemann, sprach am Dienstag, wenn auch nur hypothetisch, von der Revolution, die kommen würde, wenn unsere Regierung entgegen einem etwaigen Friedenswillen der Entente Annektionen fordern sollte. Der Kanzler hat diese Wendung, die Herrn Scheidemann zudem einen Ordnungsruf zuzog, sofort hinreichend gefenget, und die Mehrheit des Hauses hat dem sozialdemokratischen Führer sehr unerblickt ihre Mißbilligung zu erkennen gegeben. Am Mittwoch ließ dann die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Gradnauer erklären, daß sie den Etat aus Protestgründen, wegen Nichterfüllung innerpolitischer Versprechen, ablehne. Wir glauben nicht, daß das deutsche Volk diesen Entschluß verstehen wird. Er ist eine Tat bedauerlicher politischer Unflughheit, die nur wieder dazu geeignet ist, im Ausland einen schlechten und falschen Eindruck hervorzurufen. — In derselben Sitzung erklärte Staatssekretär Helfferich zu den Arbeiten des Verfassungsausschusses, er habe mit großer Freude aus der Debatte entnehmen können, daß niemand daran denke, das Treuerverhältnis zwischen Kaiser und Armee und zwischen dem Kaiser und dem Offizierskorps anzutasten. Er habe weiter aus der Debatte entnommen, daß die Parteien, die die Beschlüsse gefaßt haben, selbst erklären ließen, daß die Beschlüsse noch nicht der Weisheit letzten Schluß darstellen, und sie selbst noch erwägen und überlegen, um

das Richtige zu finden. Seine Worte fanden die Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages. Das Haus vertagte sich bis zum 5. Juli, nachdem der Etat mit allen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen worden war.

Der verschärfte U-Boothrieg.

Berlin, 16. Mai. (Amtlich.) Neue U-Bootsverluste im Atlantischen Ozean: Sechs Dampfer und ein Segler mit 23 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. folgende: Der bewaffnete englische Dampfer „Treklied“ (3087 Bruttoregistertonnen) mit 4400 Tonnen Kohlen von Cardiff nach Genua; der Kapitän wurde gefangen genommen. Die englischen Dampfer „Horia“ (2949 Tonnen) mit einer Ladung Erz, „Lobdale“ (2660 Tonnen) mit einer Ladung Koks von Newcastle nach Tunis, ferner ein großer bewaffneter Dampfer, dessen Name nicht festgestellt ist. Von den übrigen versenkten Schiffen hatten u. a. ein Dampfer Lebensmittel und Munition, der Segler Mais und Öltschen geladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

B. L. B. Berlin, 17. Mai. (Amtlich.) Unsere U-Boote haben im Mittelmeer neuerdings 9 Dampfer und 6 Segelschiffe von insgesamt über 30 000 Tonnen versenkt. Unter diesen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Maruma“ (2995 Tonnen), ein unbekannter, durch Fischdampfer gesicherter bewaffneter 4000-Tonnen-Dampfer und ein weiterer unbekannter Dampfer von 4000 Tonnen; ein vollbeladener Transportdampfer gleicher Größe wurde aus einem von Zerstörern begleiteten Convoi herausgeschossen. Ferner ein voller Tankdampfer von mindestens 6000 Tonnen inmitten einer Sicherung von bewaffneten Fahrzeugen durch Torpedoschutz versenkt. Unter den Ladungen der übrigen versenkten Schiffe befanden sich in der Hauptsache Kohle, Schwefel und Sprengstoffe.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Amtliche Tagesberichte.

Berlin, 16. Mai, abends. (B. V. Amtlich.) Bei Regen und Nebel war die Gefechtsstätigkeit an der Westfront gering. Bei Roeng und Baugailon kam es zu örtlichen Infanteriekämpfen.

In Mazedonien sind nördlich von Monastir feindliche Angriffe gescheitert.

B. L. B. Großes Hauptquartier, 17. Mai, vormittags. (Amtlich.)

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Herresgruppe Kronprinz Rupprecht. Infolge eines starken englischen Gegenstoßes mußten wir einen am frühen Morgen im Dorfe Roeng errungenen Geländegewinn wieder aufgeben. Im Anschluß an diesen Kampf nördlich der Scarpe vor- und nachmittags einsetzende starke englische Angriffe wurden unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. Auch südwestlich von Niencourt blieben Vorstöße der Engländer ohne jeden Erfolg.

An der Front der Herresgruppe machten wir im Mai bisher 2300 Engländer zu Gefangenen.

Herresgruppe deutscher Kronprinz. Bei Baugailon und östlich von Laffaux schoben wir unsere Linie durch überraschenden Handstreich einige hundert Meter vor und behaupteten die erzielten Erfolge gegen französische Angriffe. Außer blutigen Verlusten büßte der Feind in diesen Gefechten 248 Gefangene und mehrere Maschinengewehre ein. Auch westlich der Froidmont-See (bei Bray) glückte es uns, dem Gegner einen vorgeschobenen Stellungsteil zu entreißen und ihm dabei Gefangene abzunehmen.

Die an der französischen Front seit Beginn dieses Monats gemachten Gefangenen erhöhen sich damit auf 2700 Mann.

Im übrigen war die Gefechtsstätigkeit im Bereiche der Herresgruppe sowohl, wie auch an den anderen Fronten im Westen bei Regen gering.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Mazedonische Front. Nach tagelanger Artillerievorbereitung nördlich und nordwestlich von Monastir angelegte starke französische Angriffe endeten mit vollem Erfolg für die dort kämpfenden deutschen und bulgarischen Truppen. Im Nahkampf und durch Gegenstöße wurde der Feind überall verlustreich zurückgeworfen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

B. L. B. Berlin, 17. Mai, abends. (Amtlich.) Von Westen und Osten sind keine besonderen Ereignisse zu melden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Erneute Ablehnung eines Verständigungsfriedens durch England.

London, 16. Mai. (B. V.) Unterhaus. Ein von den sozialistischen und zwei liberalen Mitgliedern eingebrachter Antrag, die russische Ablehnung aller imperialistischen Eroberungs- und Vergrößerungsbestrebungen zu begrüßen und die britische Regierung aufzufordern, eine ähnliche Erklärung abzugeben und gemeinsam mit den Alliierten die Friedensbedingungen im Einklang mit der russischen Erklärung neu festzusetzen, kam in Verbindung mit dem Besetzungswort über die konsolidierte Schuld zur Besprechung. Lord Robert Cecil

erinnerte an die Erklärungen der Regierung über die Kriegsziele und sagte, diese seien heute noch ebenso unverändert.

Auf die Frage, ob die mit der früheren russischen Regierung abgeschlossenen Verträge noch bindend seien, sagte Cecil, das sei der Fall, so lange sie nicht von der neuen russischen Regierung abgeändert werden. Bei der Besprechung der Frage nach Annexionen fragte Cecil, ob Snowden und seine Freunde den Vorschlag machen wollten, daß die Eingeborenen der früheren deutschen Kolonien in Afrika der deutschen Herrschaft zurückgegeben werden und daß Armenien und Syrien weiter unter türkischer Herrschaft bleiben sollten. Er wies auf Elsaß-Lothringen, die italienische Freudenta und Polen hin und sagte: „Wenn auch Handlungen der Gerechtigkeit und Wiederherstellung nicht wohl ein geeigneter Kriegsgrund seien, es dennoch etwas ganz anderes sei, wenn diese Ziele durch den Krieg erreicht würden, zu verlangen, die Früchte dieser wünschenswerten Errungenschaften im Stiche zu lassen. Mit Bezug auf eine Kriegsentzündung fragte Cecil: Soll es für Belgien, Serbien und Nordfrankreich keine Entschädigungen geben und keinen Ersatz für die Vernichtung friedlicher Handelsschiffe? In der Rede von Bethmann-Hollweg fehlt der Hinweis, daß Deutschland bereit ist, anzugeben, welche Friedensbedingungen es annehmen würde. Wir sind entschlossen, einen Frieden nicht anzunehmen, der kein Frieden sein würde. Der Friede, den wir annehmen, muß ein gerechter und dauernder Friede sein.“

Asquith sprach die Überzeugung aus, die vorläufige russische Regierung werde eine Annexion in dem Sinne annehmen, erstens zur Befreiung unterjochter Völker und drittens zur Übertragung von Gebieten zwecks Erlangung strategischer Stellungen, die der Krieg als notwendig zur Sicherung gegen die ständige Angriffslust erwiesen zu haben glaube. Die Erklärung der russischen Regierung gegen Annexionen bezöge sich auf Eroberungen zum Zwecke der Ausdehnung des Landes zur politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung, und Annexionen in diesem Sinne würde keiner der Alliierten durchzuführen oder zu rechtfertigen bereit sein. Die früheren Erklärungen der Alliierten über die Friedensbedingungen seien von der zivilisierten Welt als bedeutungsvoll für die zukünftige Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen angenommen, und der Friede auf dieser Grundlage würde der einzige sein, der die gebrachten Opfer rechtfertigen würde.

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

B. L. B. Sofia, 16. Mai. (Nichtamtlich.) Bulg. Tel. Ag. Amtlicher Bericht vom 15. Mai: Mazedonische Front: Westlich von Bitolia spärliches Artilleriefeuer und Patrouillenscharmüel auf der Höhe 1248 nördlich von Bitolia. In der Ebene von Bitolia und Cernabogon lebhaftes Geschütz- und Minenwerferfeuer. Östlich der Cerna zeitweise sehr heftiges Artilleriefeuer. Feindliche Infanterieabteilungen rückten in der Richtung auf Radetschna vor, wurden jedoch durch Feuer zurückgeschlagen. In der Moglenagegend lebhaftes Artilleriefeuer und Geschütz-, Maschinengewehr- und Bombenwerferfeuer. Westlich von Bardar versuchten die Franzosen nach Wirtelbener um 5 Uhr nachm. einen Angriff gegen die Höhen Golema, Jarbitschna und Vostilkova, Ritka südlich von Guma, wurden aber zurückgeworfen. Westlich vom Doiransee schwaches Artilleriefeuer. An der unteren Struma ziemlich lebhaftes Artilleriefeuer.

Rumänische Front: Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

B. L. B. Wien, 16. Mai. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Östlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Der fünfte Tag der neuen Isonzschlacht war von gleich heftigen Kämpfen erfüllt, wie alle vorangegangenen. Der Feind führte mit großer Fähigkeit seine Massen immer wieder zum Angriff vor. Tausende von Italienern wurden geopfert. Unsere Waffen haben den Kampf wieder mit vollem Erfolg bestanden. Zwischen Auzza und Canale glückte es dem Feind, in schmalen Abschnitten das linke Isonzoufer zu gewinnen. Eine Ausbreitung wurde verhindert. Mehrere starke italienische Anstürme galten diesmal den Höhen von Blava und Sagora. Auf dem Auf verbotste der Gegner vorübergehend Fuß zu fassen. Wir trieben ihn in erbittertem Handgemenge wieder hinaus. Ebenso erfolglos verliefen für die Italiener verlustreiche Versuche, sich des Monte Sauto und Monte San Gabriele zu bemächtigen, und unsere Linien östlich und südöstlich von Görz ins Wanken zu bringen. Im Bereich des Fajzi Größ griff der Feind am Vormittag neuerlich vergeblich an. In einer Wiederholung des Vorstoßes kam es nicht, da unsere Artillerie, von den Flugzeugen zielbewußt unterstützt, die italienischen Angriffskolonnen in ihren Gräben durch Feuer niederhielt. In der Nacht flaute der Kampf ab. In den Morgenstunden wurde das Geschützfeuer wieder lebhafter. Die Zahl der durch unsere Truppen gemachten Gefangenen ist auf 2000 angewachsen. Unter diesen befinden sich etwa 50 Offiziere. — Zwei italienische Neupostflugzeuge fielen unseren Kampffliegern zum Opfer. In Tirol trat zwischen dem Ost- und Sugauerthal die feindliche Artillerie stärker in Wirksamkeit.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Wien, 16. Mai. (B. V.) Aus dem Kriegspressequartier wird vom 16. dieses Monats abends gemeldet: Die Italiener haben ihre Angriffe am Isonzo heute vormittag in vollem Umfang wieder aufgenommen. Sie erringen nirgends Erfolge und erleiden große Verluste.

B. L. B. Wien, 17. Mai. Amtlich wird verlautbart: Östlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Isonzo-Kämpfe sind seitern nach einer verhältnismäßig ruhigen Nacht aufs neue heftig entbrannt. Der Hauptstoß der italienischen Angriffswaffen, denen ununterbrochen Verstärkungen zufließen, richtete sich gegen die Höhenkette östlich des Eng-Tales, Blava-Salcano und gegen unsere Linien vor den Toren von Görz. Im Norden dieses Abschnittes verliefen für uns die feindliche Infanterie Tag und Nacht mit großer Erbitterung gefochten. Verteidiger und Angreifer wechselten stündlich ihre Rollen. Frisch eingesetzte Reserven trieben den geworfenen Gegner immer wieder zu neuem verlustreichem Ansturm vor. Weiter südlich im Raume des Monte San Gabriele mußten die feindlichen Regimenter, nachdem sie zu wiederholten Malen vergeblich gegen unsere Stellungen anrannten, schon nach Mittag vom Angriff ablassen. Nicht minder erfolgreich verliefen für uns die Kämpfe an den von Görz nach Osten führenden Straßen. Auch in dieser Gegend wurde fast den ganzen Tag über um den Besitz unserer ersten Linien gerungen. Als der Abend hereinbrach, waren unsere Gräben, von einigen kleineren Schützenketten abgesehen, gründlich gesäubert. Besondere Anerkennung verdienen Wiener Landsturmtruppen, die der Brigade Emilia in einem schneidigen, vollen Erfolg bringenden Gegenangriff 400 Gefangene abnahmen. Auf der Karsthochfläche war die feindliche Infanterie durch das vortreffliche Wirken unserer Geschütze zur Unfähigkeit verurteilt. An der Tiroler Front unterhielten die Italiener südlich des Sugauer Tales starkes Artilleriefeuer aus schweren Kalibern.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der Krieg zur See.

Große Erfolge in der Adria.

Wien, 17. Mai. Amtlich wird verlautbart:

In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai unternahm eine Abteilung unserer leichten Seeestreitkräfte einen erfolgreichen Vorstoß in die Dtranto-Strasse, dem ein italienischer Torpedozerstörer, 3 Handelsdampfer und 20 armierte Bewachungsdampfer zum Opfer fielen. 72 Engländer der Bewachungsdampfer wurden gefangen genommen. Auf dem Rückmarsch hatten unsere Einheiten eine Reihe von erbitterten Gefechten mit überlegenen feindlichen Streitkräften zu bestehen, wobei der Feind, der aus englischen, französischen und italienischen Schiffen zusammengesetzt war, erheblichen Schaden erlitt. Auf zwei feindlichen Zerstörern wurden Brände beobachtet. Das Eingreifen feindlicher U-Boote und Zieger in den Kampf hatte keinen Erfolg, wogegen unsere Seeflugzeuge, die sich vorzüglich betätigten, je einen Bombentreffer auf zwei feindlichen Kreuzern erzielten, und auch die gegenrischen U-Boote wirksam bekämpften. Unsere Einheiten sind vollzählig zurückgekehrt. In herborragendem Zusammenwirken mit unseren Streitkräften hat ein deutsches U-Boot einen englischen Kreuzer mit 4 Kammen durch Torpedoschuß versenkt.

Flottenkommando.

Ein siegreicher Luftkampf vor der Themse.

Berlin, 16. Mai. (Amtlich.) Am 15. Mai vormittags trafen drei deutsche Seekampfflugzeuge unter Führung des Leutnants zur See Christianen vor der Themse-Mündung auf ein feindliches Flugzeuggeschwader, bestehend aus einem Sopwith-Kampfeinsitzer und zwei Flugbooten. Nach kurzem heftigem Kampfe wurden die drei feindlichen Flugzeuge abgesehen. Der Seekampfeinsitzer stürzte senkrecht ab und zerfiel beim Aufschlag auf das Wasser. Die beiden Flugboote wurden schwer beschädigt zur Landung gezwungen. Eines unserer Flugzeuge mußte infolge einiger Beschädigungen auf dem Wasser landen. Seine Insassen wurden von Leutnant zur See Christianen auf dessen Flugzeug genommen. Bis auf das beschädigte landeten unsere Flugzeuge wohlbehalten in ihrem flandrischen Stützpunkt. Ersteres sowie die beiden feindlichen Flugboote wurden durch unsere Torpedostreitkräfte eingebraucht. Die französischen Insassen, ein Offizier und zwei Unteroffiziere, wurden gefangen genommen. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der Krieg und die Heimat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Mai. Am Bundesratssitz: Staatssekretär Helfferich, Zimmermann, Graf Noehren. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr. Das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Wallenborn (Btr.) wird durch Erheben von den Sigen geehrt. Das Haus setzt die Aussprache über den Etat des Reichskanzlers (innere Politik) fort.

Abg. Schiffer (Btr.): Alles was gesagt und geschrieben wird, muß von starker Verantwortlichkeit getragen sein. Dessen hätte sich auch der Abg. Scheidemann getern bewußt sein

schaffen. Der Verfassungsausschuss war nötig. Was wäre ge-
schehen, wenn alle diese Fragen im Plenum erörtert würden.
Das Band zwischen Offizierkorps, Heer und König soll be-
stehen bleiben. Die Gegenseitigkeit bei Offiziersernennungen
und Verabschiedungen beruht die Rechte des obersten Kriegs-
herrn nicht. In Bayern und Württemberg ist sie möglich ge-
wesen. Wir wollen, daß der Kriegsminister antwortet, sonst
würde sich die Kritik gegen den König richten, und das wollen
wir im monarchischen Interesse vermeiden. Das parlamen-
tarische System im Sinne des Schlagwortes wollen wir nicht.
Die Regierung soll nicht ein bloßer Ansehler des Parlaments
sein. Wir wollen, daß die harten Schranken für aufstrebende
Kräfte beseitigt werden.

Abg. Gröber (Ztr.): Niemand wird behaupten können, daß
die bayerischen und württembergischen Offiziere weniger treu
und herzlich zu ihrem König stehen, als die preussischen Offi-
ziere. Die Gegenseitigkeit soll lediglich eine Grundlage schaf-
fen für eine formelle Verantwortung. Diese Verantwortung
hat der Kriegsminister zu tragen, sofern es sich herausstellt,
z. B. bei den Soldatenmishandlungen, daß jemand am un-
richtigen Blase steht.

Abg. Haase (U. Soz.): Das Volk will Entgegenkommen er-
fahren im demokratischen Sinne. In diesem Sinne hat uns
der Verfassungsausschuss getäuscht. Wir müssen ganze Arbeit
machen.

Abg. Kretsch (Konf.): Die Mitwirkung des Parlaments bei
Kriegserklärungen wird geradezu jetzt zur verkehrten Zeit ver-
langt. Im Verfassungsausschuss herrscht angeblich große Ein-
mütigkeit. Tatsächlich sieht es aber ganz anders aus. Wir
wollen das Recht des allerhöchsten Kriegsherrn bei der Er-
nennung der Offiziere nicht einengen. (Zuruf: Beamtenernennung!)
Bei Beamten ist es nicht so wichtig. Da können
Fehler immer wieder gut gemacht werden. Der bayerische
und württembergische Kriegsminister sind nicht dem Reichs-
tag, sondern ihrem Landtage verantwortlich. Will man also
gerecht sein, so muß man den preussischen Kriegsminister dem
preussischen Landtag gegenüber verantwortlich machen. Wir
berichten auf den Schutz des Reichstanzlers.

Abg. Müller-Meinungen (F. Vp.): Die Behauptung, wir
wären von der Regierung zurückgewiesen, ist ebenso unrichtig
wie die, daß wir die Verhandlungen des Verfassungsaus-
schusses tendenziös abgebrochen hätten. Bei jeder Gelegenheit
spielt die Rechte der obersten Kriegsherrn gegen das Parla-
ment aus. Wiederum aber führen die Konservativen ein
brutales Parlamentssystem ein. Sie haben die Regierung und
die Exekutive. Ein Wunder ist es, wenn einmal ein National-
liberaler Landgerichtspräsident oder Regierungspräsident wird.
(Sehr richtig.) Bei den Offiziersernennungen wollen wir
an Stelle der Willkür das Recht setzen.

Damit schließt die Aussprache über den Etat des Reichs-
tanzlers.

Es folgt nunmehr der Haushalt der Heeresver-
waltung, bei dem Abg. Stücken (Soz.) über Soldatenmishandlungen
und über Übergriffe militärischer Stellen, Abg.
Dr. Wirth (Ztr.) über althergebrachte Vorkommnisse junger Offiziere,
Abg. Guntter (Vp.) über Heranziehung kranker Leute zum
Heeresdienst Bescheid führte.

Im weiteren Verlauf der Besprechung, in welcher eine
ganze Reihe von sozialdemokratischen Rednern einzelne Be-
schwerden über Verurteilungen und Verweigerung vorbrachten,
bemerkte der Kriegsminister von Stein auf den Vorhalt,
daß die einzelnen Truppenkommandeure nicht genügend seinen
Wünschen folgten: Auf die Verurteilungen an der Front hat
kein Kriegsminister Einfluß. Sie sind Sache des Truppen-
kommandeurs. Dem Kriegsminister steht die Nachprüfung zu,
er kann auch wohl das Gesetz befristet werden. Er wird sich aber
hüten, in die Materie eingreifen. Für eine
Erweiterung meiner Zuständigkeit, für dieses Donner-
Geschenk, danke ich. Sollten sich dadurch Schwierigkeiten heraus-
stellen, so erkläre ich mich durch den Befehl des aller-
höchsten Kriegsherrn, der mich auf diese Stelle berufen hat.
(Bravo rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Worte des Kriegsministers
spielten auf den Verfassungsausschuss hin. Wir wollen nicht
dem jetzigen Kriegsminister ein Geschenk machen, sondern
der Volkswertung die verfassungsmäßigen Rechte sichern.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.): Ich bedaure das Wort
des Kriegsministers um Donnergessen. Es erschwert das
Verhältnis zwischen uns und der Regierung unendlich. Wir
werden auch ohne Kriegsminister unseren Weg des Rechts
gehen.

Abg. Dr. Stresemann (Nat.): Ich bedaure das Wort. Es
handelt sich nicht um ein Geschenk, nicht um die Person, son-
dern um tiefste Verfassungsfragen. Heer und Volk sind
keine Gegenstände. Man sollte keinen Hindernis in die Debatte
werfen.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Die Engländer sind verant-
wortlich für den Hungerkrieg, auch in den besetzten Gebieten.
Solange kein Beschluß in der Angelegenheit vorliegt, kann
sich der Kriegsminister dazu äußern.

Abg. Dr. Cohn-Vorbau (Soz.): Sie sollen mit Auf-
sicht und Wachsamkeit handeln. (Der Redner wird
zur Ordnung gerufen.) Die Beauftragten hätten sich besser
auf den Krieg vorbereiten sollen. Ich hätte eine Politik be-
trieben, die uns nicht durch Deutschlands Schuld in den Krieg
getrieben hätte. (Große Unruhe, Redner wird abermals zur
Ordnung gerufen.)

Abg. Gröber (Ztr.): Wir haben als Reichstag nicht allein zu
bestimmen, aber ein Bundesratsmitglied allein auch nicht. Die
Bundesratsmitglieder wurden zum Verfassungsausschuss ein-
geladen. Die von der Marine und Militär erschienen nicht.
Es ist nicht die richtige Behandlung gegenüber den vater-
ländischen erwartungsvollen Beschlüssen des Reichstags, wenn mit
aller Schamlosigkeit bei erster Gelegenheit gegen uns Stellung
genommen wird. Die Aussprache muß in einer beiden Teilen
gerecht werdenden Form geschehen.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Der Reichstanzler hätte eine
präzisere Stellung einnehmen sollen.

Kriegsminister von Stein: Wir haben keine Einladung zum
Ausschuss bekommen. Ich wollte mit meinen Worten dem Abg.
Schöpfelin entgegenreden. Einen Gegensatz in unserer Zu-
sammenarbeit wollte ich nicht schaffen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Graf Westarp meinte, die
unliebsame Debatte wäre vermieden worden, wenn der Reichs-
tanzler dazu präzisere Stellung genommen hätte. In dieser
schweren Zeit ist es Aufgabe der Reichsleitung, Meinungen
nicht zu vertiefen, sondern zu vereinigen und auszugleichen.
Das Gebot, das an dem Kreuzverhältnis zwischen Kaiser,
Armee und Offizierskorps nicht getastet werden soll, recht-
fertigt die Haltung des Reichstanzlers.

men, ebenso die Resolution auf Herbeischaffung landwirtschaft-
licher Maschinen und Pferde aus den besetzten Gebieten.

Die Vorlage betr. Aufbesserung der Beamten wird ohne
Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Der Präsident bittet um Ermächtigung, die Tagesordnung
der am 5. Juli, nachmittags 2 Uhr stattfindenden nächsten
Sitzung selbständig festzusetzen.

Präsident Dr. Kaempf: Wir stehen am Ende einer zwar
nicht sehr langen, aber arbeitsreichen Verhandlungszeit in
Kommission und Plenum. Wenn in einzelnen Punkten
Einigkeit im hohen Maße nicht erzielt worden ist, so stehen
wir doch einmütig und entschlossen zusammen in dem unbeug-
samen Willen, das Reich nach Außen für die Zukunft zu
sichern und dem deutschen Volke die freie geistige und wirt-
schaftliche Entwicklung zu gewährleisten. (Bravo.) In diesem
Sinne kämpfen wir an der Front wie in der Heimat, im
ganzen Volk, im ganzen Heer, in der ganzen Marine für
Kaiser und Reich. (Lebhaftes Bravo.) Damit, meine Herren,
darf ich die Sitzung schließen, indem ich Ihnen in der Heimat
die besten Wünsche mitgebe in der Hoffnung, daß wir uns am
5. Juli unter günstigen Verhältnissen hier wieder zusammen-
finden. (Lebhafter Beifall.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Berlin, 16. Mai. Verschiedene Blätter verbreiten eine
Meldung über eine Unierredung, die der Reichs-
kanzler am 12. d. M. nach seiner Rückkehr aus dem
Großen Hauptquartier mit dem Präsidenten und den
Parteilührern des Reichstages gehabt und in der er über
das Ergebnis seiner Reise Mitteilung gemacht haben soll.
Diese Meldung trifft nicht zu. Der Reichskanzler
hat zwischen seiner Rückkehr aus dem Großen Haupt-
quartier und seiner Weiterreise nach Wien überhaupt
nicht mit Parlamentariern verhandelt.

Wien, 18. Mai. Der Minister des Außern, Graf
Czernin, hat sich vorgestern in das deutsche
Hauptquartier begeben, um die anlässlich des jüng-
sten Besuchs des deutschen Reichskanzlers in Wien ein-
geleiteten Besprechungen mit den maßgebenden deutschen
Stellen fortzusetzen.

B. B. Berlin, 17. Mai. (Amtlich.) Durch die Ein-
schränkungen in der Tabakfabrikation ist
eine größere Zahl von Tabakarbeitern arbeitslos ge-
worden. Die Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe wird vor-
ausichtlich noch steigen. Nach Mitteilung des Deutschen Tabak-
arbeiterverbandes soll von einzelnen Gemeindebehörden die
Einführung einer Erwerbslosenunterstützung mit
der Begründung abgelehnt worden sein, daß durch das Reich
noch keine Bestimmungen getroffen seien. Dies ist durchaus
unzutreffend, da selbstverständlich auch auf infolge Krieges
erwerbslos und unterstützungsbedürftige
Tabakarbeiter die Bestimmungen des Bundesrats vom
17. Dezember 1916 Anwendung finden. Ziffer 7 dieser Be-
stimmungen überläßt die Regelung der Voraussetzungen, der
Höhe und Art der Fürsorge — sie kann auch in Sonder-
bestimmungen — den Gemeinden, denen ein Drittel ihrer dies-
bezüglichen Ausgaben aus Reichsmitteln zurückvergütet wird.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 18. Mai.

** Nach Mitteilung mehrerer Abgeordneter in der Sit-
zung der Budgetkommission der II. Kammer vom 4. Mai
1917 bestehen da und dort in der Bevölkerung Zweifel
und Unklarheiten hinsichtlich der Tragweite der Bekannt-
machung des stellvertretenden kommandierenden Gene-
rals des XIV. Armeekorps vom 20. April 1917 über den
Kriegszustand. Insbesondere soll aus der Außerkraft-
setzung der dort genannten Gesetzesbestimmungen die An-
nahme gefolgert worden sein, als ob künftighin der durch
die Reichsstraßengesetzgebung gewährleistete Schutz der
persönlichen Freiheit überhaupt außer Wirksamkeit gesetzt
worden sei. Demgegenüber muß darauf hingewiesen wer-
den, daß durch die Außerkraftsetzung der bezeichneten Be-
stimmungen lediglich gewisse Befugnisse der vollziehenden
Gewalt des Militärbefehlshabers erweitert, im übrigen
aber die Wirksamkeit jener Bestimmungen nicht berührt
wird. Es gelten also die Rechtsgarantien in Beziehung
auf Verhaftung und vorläufige Festnahme, Beschlag-
nahme und Durchsuchung nach wie vor unverändert gegen-
über allen Militär- und Zivilgeordneten des Landes. Ledig-
lich den Militärbefehlshabern kommt nach jener Be-
kennung eine Erweiterung ihrer Befugnisse zu.
Aber auch diese erweiterten Befugnisse führen nicht zu
einer wesentlichen Änderung der bisherigen tatsächlichen
Verhältnisse. Es handelt sich vielmehr dabei lediglich
darum, dem durch die Kriegsverhältnisse bedingten fest-
herigen tatsächlichen Zustand in völlig einwandfreier Art
und Weise eine Rechtsgrundlage zu geben, wie sie bisher
nicht überall unbestritten anerkannt worden war.

Ohne auf die hierher gehörigen rechtlichen Streitfragen
näher einzugehen, soll hier nur herabgehoben werden,
daß weder durch die bezeichnete Bekanntmachung noch
durch die Bildung eines oberbadischen Stappengebiets
irgendwelche Verkehrserschwerungen gegenüber dem bis-
herigen Zustand geschaffen sind. Insbesondere bedürfen
Reisende, welche das badische Stappengebiet aufsuchen,
keinerlei Zureisepaß. Sie unterliegen ebensowenig
einem Passzwang, wie die Reisenden in anderen Teilen
des Großherzogtums; ein Passzwang kommt nach wie
vor nur für einzelne Festungsbereiche in Betracht. Daß
die Benutzung eines Passes heutzutage bei Reisen im In-
lande überhaupt empfehlenswert ist, wie dies seit Kriegs-
beginn der Fall war, bedarf wohl kaum einer besonderen
Herbvorhebung. Briefe brauchen nicht in weiterem Um-
fange als bisher offen aufgeliefert zu werden. Desgleichen
bleiben in Beziehung auf die Behandlung postlagernder
Briefe im badischen Lande die bisherigen Bestimmungen
in Kraft, wonach zur Legitimation der Postbehörde gegen-
über ein seit längerer Zeit vorgefertigter Ausweis des
Bezirksamts des Wohnorts des Empfängers verwendet
werden muß.

Ebenso ist eine weitere Einschränkung des Telephonber-
kehrs, als sie bisher vorhanden und durch die Grenzber-

hältnisse des Landes während des Kriegs bedingt ist, nicht
in Aussicht genommen. Eine Erleichterung der bestehen-
den Bestimmungen kann allerdings nicht in Aussicht ge-
stellt werden, wie sich bei wiederholter Prüfung dieser
Frage ergeben hat.

Diese Darlegung zeigt, daß irgend welche Nach-
teile für die Bevölkerung im allgemeinen von
der neuen Rechtsordnung nicht zu erwarten sind. Es
handelt sich im wesentlichen vielmehr lediglich um eine in
jeder Hinsicht einwandfreie Begründung der Rechtsstel-
lung der zuständigen Befehlshaber bei den Verurteilungen,
die bei der Nähe der Auslandsgrenze und des Opera-
tionsgebietes zur Bekämpfung von der Sicherheit des
Reiches gefährlichen Bestrebungen feindlicher Agenten,
Spione und dergl. erforderlich sind.

Auch für die Gestaltung des Vereins- und Versamm-
lungsrechts bringt die neue Bestimmung als solche keine
tatsächlichen Änderungen.

Bei der Beurteilung der Tragweite der ge-
troffenen Anordnung darf schließlich nicht außer
acht gelassen werden das Reichsgesetz vom 4. De-
zember 1916 (Reichsgesetzblatt S. 1329), wonach gegen
einen Deutschen die Anordnung der Haft oder einer Auf-
enthaltsbeschränkung durch die vollziehende Gewalt auf
Grund des Kriegs- oder Belagerungszustandes nur dann
zulässig ist, wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die
Sicherheit des Reichs erforderlich ist, sowie daß das
Reichsmilitärgericht eine endgültige Entscheidung im Ein-
zelfalle zu treffen hat. Hierzu kommt die Ausführungs-
verordnung zu dem Gesetz über den Kriegszustand vom
4. Dezember 1916 (Reichsgesetzblatt S. 1332), welche Be-
schwerden an den Obermilitärbefehlshaber in Berlin zu-
läßt wegen Beschränkung der persönlichen Freiheit, Zensur-
maßnahmen gegenüber der Presse, den Theatern, Licht-
spieltheatern und anderen Schaustellungen, sowie Be-
schränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit. ..

* Zweite Kammer. Auf der Tagesordnung der 3. öffent-
lichen Sitzung vom Freitag, 18. Mai, nachmittags 4 Uhr, standen
folgende Punkte: Anzeige neuer Eingänge. Sodann 1. Münd-
liche Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung und
Beratung über a) den Gesetzentwurf, den Verleumdung mit land-
wirtschaftlichen Grundstücken in der Kriegs- und Übergangs-
zeit betr., Berichterstatter Abg. Dietrich; b) das provisorische
Gesetz vom 30. Januar 1917 bezugl. den Gesetzentwurf der
Eriten Kammer, den Erwerb von Reichskriegsanleihe für
Stammgüter betr., Berichterstatter Abg. Dr. Götter; c) den
Gesetzentwurf, Vandalenschädigung für Gebäude während der
Kriegszeit bezugl. Kriegszuschläge zu den Vandalenschädigungen
betr., Berichterstatter Abg. Wittmann.

2. Mündliche Berichte der Budgetkommission und Beratung
über: a) den Gesetzentwurf, Nachtrag zu dem Gesetz, die
Feststellung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1916 und
1917 betr., Berichterstatter Abg. Dr. Jahnke; b) den Geset-
zentwurf, das Gesetz über den Staatsvoranschlag und die Ver-
waltung der Staats-Einnahmen und -Ausgaben (Etatgesetz)
betr., Berichterstatter Abg. Köhler; c) die Nachweisung über die
Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1916/16 bewillig-
ten Kriegskredite, Berichterstatter Abg. Reimann; d) den
Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916
und 1917 betr., Berichterstatter Abg. Kopf.

* Nr. 41 des Gesetzes- und Verordnungsblattes für das
Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Verordnung des
Ministeriums des Innern, die Regelung des Ostverleures be-
treffend. — Verordnung des stellvertretenden kommandieren-
den Generals des XIV. Armeekorps, Einstellung von Bauar-
beiten betreffend.

B. C. Seidelberg, 15. Mai. Die Leiche des seit einigen Wochen
vermißten Soldaten Leuthner ist bei der Badischen
Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen aus dem Rhein ge-
zogen worden. Wahrscheinlich hat Leuthner in einem Unfall
göttlicher Mithatung den Tod im Rhein gesucht. Der Verleite
war hier seit 1904 tätig; er litt an einem schweren Herz- und
Nervenleiden.

Aus der Residenz.

* Großherzogliches Hoftheater. Auf Wunsch des Herrn
Slezak ist bei der vorgestrigen Aufführung der „Gu-
genotten“ der fünfte Akt fortgelassen worden. Va-
lentine und Raoul sterben nun bereits am Schluß des
vierten Aktes. Warum Herr Slezak diese Änderung
wollte, ist klar. Er behält so das letzte Wort auf der
Bühne und erntet den starken Beifall, der sich aus dem
unmittelbaren Eindruck der Persönlichkeit selbst ergibt,
während im geführten fünften Akt das Persönliche mehr
zurücktritt. Herr Slezak, der natürlich, wie jeder Büh-
nenkünstler, sich selbst so glänzend, wie möglich, heraus-
stellen will, wollen wir es verzeihen, daß er seinen Wunsch
auferte. Die Theaterleitung, die in erster Linie künst-
lerische Interessen zu vertreten hat, hätte ihm aber den
Wunsch verjagen sollen. Es geht nicht an, daß um der
Eitelkeit irgend eines berühmten Gastes willen klassische
Stücke barbarisch verunstaltet werden. Zudem scheint
uns die Größe des Gastes heute, nach seinem zweiten
Auftreten an unserer Bühne, doch nicht so unbestritten, als
daß wir zugeben könnten, daß man feinetwegen derartige
Ausnahmen macht. Herr Slezak, dessen kraftvolle Stimme
dank der dramatischen Männlichkeit ihres Klanks auch
diesmal wieder hohe Bewunderung erweckte, bewies dies-
mal nicht die vollendete Gesangskunst, die wir von
einem Tenor allerersten Ranges erwarten. Vielleicht
war der Sänger auch etwas indisponiert. Die Stimme
klang in der Höhe oft recht gepreßt und nasal. Rückhalt-
loses Lob verdient seine Darbietung. Er gab den Raoul
ganz als Selden und brachte ihn so unserem Verständnis
näher, als dies sonst möglich ist. Von unseren eigenen
Kräften war Frau Palm-Cordes (Valentine) dem
Gast zum mindesten ebenbürtig. Wir haben allen Anlaß,
von einer Leistung zu sprechen, die gesanglich und dar-
stellerisch meisterhaft war. Ganz vorzüglich sang Frau-
lein Friedrich, die über eine seltene Stimme des Tenors
verfügt, den Pagen. Die Besetzung der übrigen Rollen
ist bekannt.

Neueste Drahtnachrichten.
W.L.B. Großes Hauptquartier, 18. Mai,
 vormittags. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 An der Arrasfront nahm das Artilleriefener beiderseits der Scarpe wieder zu. Ein nach Mitternacht an der Straße Gavrelle-Fresnes vordringender englischer Angriff wurde im Nahkampf abgewiesen.
 Die Trümmerstätte des ehemaligen Dorfes Bullecourt ist befehlsgemäß ohne Einwirkung durch den Feind geräumt worden, der sich erst 24 Stunden später dort festsetzte.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.
 Auch an der Aisne-Champagnefront wurde mit zunehmender Sicht die Tätigkeit der Artillerie wieder lebhafter, besonders auf den Höhen des Chemin-des-Dames und bei Fresnes. Dieser Feuersteigerung folgende Teilangriffe der Franzosen bei Brahe, nördlich von Craonne und bei Craonne, wurden sämtlich abgewiesen. Ebenso blieb nördlich von Saigneval ein erneuter Vorstoß des Feindes gegen die Höhe 108 erfolglos.
 Südlich der La Roovere-He. stürmten zwei aus Berlinern und Brandenburgern bestehende Kompagnien einen von den Franzosen in den Kämpfen vom 5. Mai besetzten Graben und nahmen die aus über 150 Mann bestehende Besatzung gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Abgesehen von stellenweise auflebender Feuerstätigkeit keine Ereignisse von Bedeutung.
Mazedonische Front.
 Im Gernabogen erlitt der Feind gestern eine neue Schlappe. Nach sechsstündiger Artillerievorbereitung beiderseits von Rakovo einsetzende starke Angriffe wurden restlos abgewiesen. Von den am Kampfe beteiligten deutschen Truppen haben sich besonders ostpreussische und schlesische Bataillone, sowie Gardegeschützen ausgezeichnet. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.
 Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil:
 Chefredakteur G. Amend in Karlsruhe.

Wir erhielten heute die traurige Bestätigung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Neffe, Schwiegersohn und Schwager

Fritz Meichelt

Großh. Oberamtsrichter
 Leutnant d. R. u. Kompagnieführer in einem Reserve-Inf.-Regt.
 Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl. und des Ritterkreuzes II. Kl. des Ordens vom Zähringer Löwen
 am 3. Mai 1917 für das Vaterland gefallen ist.

St. Blasien, Mannheim, 16. Mai 1917.

In tiefem Schmerz
 im Namen der Hinterbliebenen:
Frieda Meichelt geb. Neumayer
 und Kinder,
 Frau **Amalie Meichelt**, Professorswitwe
Emma Meichelt, Lehrerin.

D.985

Privatmann (Bücherfreund) wünscht von Privaten **Ältere Bücher** (Literatur, illustr. Erzählungen etc.) zu angemessenen Preisen zu kaufen, eventl. auch ältere ganze Bücherbestände. — Angebote unter **D. 984** an die Expedition der Karlsruh. Zeitung.

Bekanntmachung.
 Das von der Stadt Sparfasse Philippsburg i. Baden am 5. Februar 1910 auf den Namen der **Erta Schurt**, Schülerin in Pforzheim-Brödingen, ausgestellte Sparfassenbuch Nr. 1087 über ein Guthaben nach dem Stande vom 1. Januar 1917 von Mark 1604,50 ist abhanden gekommen. — Gemäß § 14 Abs. 4 ff. des Gesetzes vom 18. Juni 1899, Gesetzes- u. Verordnungsblatt 1899 Seite 270 wird der Inhaber dieses Sparbuches hiermit aufgefordert, solches innerhalb eines Monats vom Tage dieser Veröffentlichung an anher vorzulegen, andernfalls dasselbe nach Umlauf dieser Frist für kraftlos erklärt und der Antragstellerin ein neues Sparbuch ausgestellt werden wird. Philippsburg, 16. Mai 1917. Städt. Sparfasse. Ropp.

Zur Aushilfe während der Kriegszeit suchen wir einen zuverlässigen, kautionsfähigen

Geschäftsführer-Stellvertreter.
 Bewerber (Kaufm., Beamte usw.) wollen ihre selbstgeschriebenen Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an den Unterzeichneten richten. Eintritt womöglich sofort, zwecks Einarbeitung.
H. Reichold
 (Vorstand. der „Allgem. Ortskrankenkasse Freiburg-Land“.)
 in Kirchgarten i. Breisgau.

Museumssaal

Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr
Lichtbildervortrag
 von Kapitänleutnant a. D. van Bebber

Unser Kreuzer-Geschwader

Erlebnisse, Tätigkeit und Heldenkampf.

Karten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.— in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert**, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstr.

Studierende und Schüler erhalten **Preisermäßigung** im Vorverkauf: anstatt M. 3.— M. 2.—, M. 2.— M. 1.50, M. 1.— 75 %

und an der Abendkasse.

Bekanntmachungen

Brüdenantrieb. Antrag des Eisenwerkes der Straßenbrücke über den Rangierbahnhof bei der Station Sedenheim (Sedenheimer Brücke) nach Finanzministerialverordnung vom 3. Jan. 1907 in 5 Lose zu vergeben. Los 1 = 4030 qm, Los 2 = 4400 qm, Los 3 = 1410 qm, Los 4 = 4400 qm, Los 5 = 4030 qm. Die Farbe wird von uns gestellt. Nur je 1 Los an einen Unternehmer. Vergabebedingungen und Zeichnung im Dienstgebäude Tunnelstraße Nr. 5 Zimmer Nr. 10 einzusehen. Dort kostenlose Abgabe von Angebotsordern. Kein Versand nach auswärts. Zuschlagsfrist 14 Tage. Unterschriebene Angebote bis zum 2. Juni d. J. vormittags 10 Uhr, verschlossen und postfrei mit entsprechender Aufschrift an uns einzureichen. U.888 3.2.1
 Mannheim, 15. Mai 1917.
 Groß. Bauinspektion I.

Am 15. Mai 1917 treten in Kraft:

- zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I, Abteilung A vom 1. Mai 1917 der Nachtrag I,
- zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I, Abteilung B vom 1. Mai 1916 der Nachtrag IV,
- zum Deutschen Eisenbahn-Personen- u. Gepäcktarif, Teil I vom 1. Mai 1916 der Nachtrag III,
- zum Deutschen Eisenbahn-Freitarif, Teil I vom 1. April 1913 der Nachtrag V.

Gleichzeitig wird zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I B nebst Erklärungen und Entscheidungen sowie einem ausführlichen Sachverzeichnis vom 1. Mai 1916 der Nachtrag IV ausgeben. U.867
 Karlsruhe, 16. Mai 1917.
 Groß. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

D.948

Carola

Schloßbrunnen
 Vorzügl. Mineraltafelwasser,
 wohlschmeckend u. erfrischend

Zu beziehen durch: **H. Müller**, Branntweinbrennerei, Rheinstraße 42

Den Badischen Behörden

empfehlen sich:

Wasser- Gewinnung
 durch **Rohrfilterbrunnen**
Schachtbrunnen in jeder Weite
Tiefbohrungen und Tiefe
Quellerschliessungen, Quellfassungen
 projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.
 Technisches Bureau Fernsprecher 2271.

Rastatter Uniformfabrik
Albert Hilbert, Hoflieferant
 Telephon 100 RASTATT Gegründet 1872
 Lieferant der Kgl. Armee, sowie staatl. u. städt. Behörden
 empfiehlt sich in Uniformen und Ausrüstungsgegenständen für Polizei, Feuerwehr, Sanitätskolonnen, Jugendwehren.
 Grosses Lager in Uniformtuchen.

Für Dörrgemüse **Für Futtermittel**

900

Anlagen in kaum 2 Jahren mit einer täglichen Verarbeitung von **190 000** Zentnern

Dr. Zimmermann's

Expres-Darre

Zur Trocknung von allen landwirtschaftlichen Produkten, Rüben- und Schlachthofabfällen

Dr. Otto Zimmermann
 Ludwigshafen a. Rh.

Für Getreide **Für Pflanzenmehl**

Dieser Raum kostet bei einer Aufnahme M 11.—, bei 13 Aufnahmen je M 9.25, bei 26 Aufnahmen je M 7.70

UFZÜGE

MASCHINEN-FABRIK
A. RSTAHL
 STUTTGART

Umbau vorhandener Aufzüge

Vertreter für Karlsruhe: O. WERTHER, Ingenieur, Kringsstraße 11; Telephon 2500